



AUSGABE 04 | 27.01.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI I 1/2023

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung des § 173 Abs 6 der Strafprozeßordnung** 1975 durch den Verfassungsgerichtshof (Verstoß gegen das Gebot, die Voraussetzungen der Verhängung einer Untersuchungshaft gesetzlich entsprechend genau vorzuschreiben)

BGBI I 2/2023

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung des § 9 Abs 1 des Datenschutzgesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof (Verstoß gegen das Grundrecht auf Datenschutz)

BGBI I 3/2023

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung von Wortfolgen in § 25 Abs 3 des Glücksspielgesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof (Widerspruch zu unionsrechtlich gebotenen Spielerschutz)

BGBI II 15/2023

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung über die Studienförderung für Studierende an Konservatorien geändert wird

BGBI II 16/2023

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über aufsichtliche Regelungen für kleine und nicht verflochtene Wertpapierfirmen (**Wertpapierfirmenverordnung** – WPFVO)

BGBI II 17/2023 (Anlage 1; Anlage 2; Anlage 3)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Wertpapierfirmen-Stammdatenmeldeverordnung** erlassen und die **FMA-Incoming-Plattformverordnung** geändert werden

BGBI II 18/2023

Verordnung der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) über den Zugang zu zugehörigen Einrichtungen und Zugangsberechtigungssystemen und die Interoperabilität von Digitalfernsehgeräten 2023 (**Zugangs- und Interoperabilitätsverordnung** – ZIVO 2023)

BGBI II 19/2023

Verordnung der Bundesministerin für Landesverteidigung über die finanziellen Ansprüche der Anspruchsberechtigten

BGBI II 20/2023 (Anlage 1; Anlage 2)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Zweite Transparenzdatenbank-Abfrageverordnung** 2022 geändert wird

BGBI II 21/2023

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Verordnung des Bundesministers für Inneres über die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zur Slowakischen Republik geändert wird

BGBI III 5/2023 (Anlage 1; Anlage 2)

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Polen zur **Beendigung der Rechtswirkungen** des Art 11 Abs 3 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik **Polen** über die Förderung und den **Schutz von Investitionen**

BGBI III 6/2023 (Anlage)

Zweites Protokoll zur Abänderung des am 8. Oktober 1985 in Seoul unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Korea zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in der Fassung des am 28. Mai 2001 in Seoul unterzeichneten Protokolls

BGBI III 8/2023

Verordnung der Bundesministerin für EU und Verfassung betreffend die Kundmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Budapester Vertrag über die **internationale Anerkennung** der Hinterlegung von **Mikroorganismen** für die Zwecke von **Patentverfahren**

II. AMTSBLATT DER EU

ABI L 21 v 23.01.2023, 1

Verordnung (EU) 2023/144 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2023 zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr 1108/70 des Rates zur **Einführung einer Buchführung** über die Ausgaben für die **Verkehrswege des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs** und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 851/2006 der Kommission zur Festlegung des Inhalts der verschiedenen Positionen der Verbuchungsschemata des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr 1108/70 des Rates

ABI L 21 v 23.01.2023, 3

Beschluss (EU) 2023/145 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2023 zur **Aufhebung der Richtlinie 89/629/EWG** des Rates

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

28.11.2022, V 181/2022-8

Tir FreizeitwohnsitzabgabeG; Gesetzwidrigkeit einer VO des Gemeinderats einer Tir Gemeinde über die **Höhe der Freizeitwohnsitzabgabe** mangels Erkennbarkeit des Vorliegens überdurchschnittlicher Aufwendungen bei der Festlegung der Abgabe mit dem Höchstsatz

28.11.2022, E 3073/2021

AsylG; Verletzung im Recht auf Leben sowie im Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden durch Abweisung einer Beschwerde gegen den Ausspruch der Zulässigkeit einer Abschiebung nach Afghanistan und gegen die Setzung einer 14-tätigen Frist zur freiwilligen Ausreise; mangelhafte Auseinandersetzung und Würdigung von Berichtsmaterial zur Sicherheitslage in Afghanistan

28.11.2022, E 3577/2021 ua

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung einer Beschwerde gegen die Nichtzuerkennung des Status des **subsidiär Schutzberechtigten** in Bezug auf Herkunftsstaat Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten

28.11.2022, <u>E 99/2022 ua</u>

AsylG; Verletzung im Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter durch Entscheidung hinsichtlich Nichtzuerkennung des Status der Asylberechtigten durch einen Richter männlichen Geschlechts trotz Vorliegen der Voraussetzungen des § 20 Abs 2 AsylG; unterlassene Verhandlung und Entscheidung durch einen Richter desselben Geschlechts

28.11.2022, <u>E 2449/2022</u>

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung eines Antrags auf internationalen Schutz und Erlassung einer Rückkehrentscheidung; fehlende Auseinandersetzung mit der Familiensituation der Bf

28.11.2022, <u>E 2588/2022</u>

B-VG; Verletzung der Bf im **Recht auf Gleichheit aller Staatsbürger** vor dem Gesetz; Widerspruch zur Pflicht zu einer möglichst zeitnahen schriftlichen Ausfertigung einer verwaltungsgerichtlichen Entscheidung durch Vorliegen einer 26-monatigen Zeitspanne zwischen mündlicher Verkündung und schriftlicher Ausfertigung

29.11.2022, V 185/2022-7

VO des Bürgermeisters der Stadtgemeinde Baden; Aufhebung einer VO des Bürgermeisters der Stadtgemeinde Baden; Gesetzwidrigkeit mangels Übereinstimmung der kundgemachten VO mit der vom Verordnungsgeber beschlossenen Festlegung

29.11.2022, E 2873/2021

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status des subsidiär Schutzberechtigten betreffend eines Staatsangehörigen Afghanistans; Unterlassung einer Berücksichtigung der aktuelleren Länderinformation

29.11.2022, <u>E 2998/2021</u>

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status des subsidiär Schutzberechtigten betreffend eines Staatsangehörigen Afghanistan; Unterlassung einer Auseinandersetzung mit der aktuellen Sicherheitslage

29.11.2022, E 91/2022

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Aberkennung des Status des subsidiär Schutzberechtigten betreffend eines irakischen Staatsangehörigen; aktenwidrige Beurteilung der Gefährdungslage für den Bf im Falle der Rückkehr in den Irak

29.11.2022, E 1070/2022

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status der Asylberechtigten betreffend einer nigerianischen Staatsangehörigen; grob unrichtige Beurteilung der Rechtslage in Bezug auf Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe

29.11.2022, E 1395/2022 ua

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status der Asylberechtigten betreffend syrischer Staatsangehöriger; Unterlassung jeglicher Ermittlungstätigkeit in entscheidenden Punkten: leichtfertigtes Abgehen vom Akteninhalt

29.11.2022, E 1761/2022

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status des Asylberechtigten sowie des subsidiär Schutzberechtigten; Unterlassung einer ausreichenden und nachvollziehbaren Auseinandersetzung mit der Erkrankung des Bf und der aktuellen medizinischen Versorgungslage in Benin

29.11.2022, E 2185/2022

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung einer Beschwerde gegen fortdauernde Schubhaft eines Staatsangehörigen Eritreas; Verwahrung eines effektiven Rechtsschutzes durch 8-monatige Zeitspanne zwischen mündlicher Verkündigung und schriftlicher Ausfertigung

29.11.2022, E 2545/2022

B-VG; Verletzung im Recht auf **Entscheidung innerhalb angemessener Frist** durch 9-jährige Gesamtdauer des Verfahrens zur bescheidmäßigen Streichung des Bf aus der Liste der Gesundheitspsychologen

29.11.2022, E 3674/2021 ua

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung von Anträgen auf internationalen Schutz bezüglich der Zuerkennung des Status der Asylberechtigten; Unterlassung einer Auseinandersetzung mit den relevanten Länderinformationen

01.12.2022, G 10/2022

SicherheitspolizeiG; keine Verfassungswidrigkeit der sechswöchigen Frist für Verhaltensbeschwerden nach dem SicherheitspolizeiG im Hinblick auf Art 136 Abs 2 B-VG; Angleichung der Beschwerdefrist gegen "sonstiges Verhalten" in Besorgung der Sicherheitsverwaltung an die sechswöchige Frist für Maßnahmenbeschwerden aus Gründen der Effektivität des Rechtsschutzes, der Rechtsschutzfreundlichkeit, zur Vermeidung von Abgrenzungsfragen und der Besonderheiten des Verfahrens geboten

07.12.2022, <u>E 2303/2021</u>

VersammlungsG; keine Verletzung in einem verfassungsrechtlich gewährleisteten Recht durch die Auflösung einer (neuerlichen) Versammlung gegen den Bau der Freileitungsvariante der 380kV Salzburgleitung auf Grund der Möglichkeit der Abhaltung einer (vorangegangenen) Versammlung zur Information der Öffentlichkeit

14.12.2022, V 177/2022 ua

VO des Bürgermeisters der Stadt Graz; Gesetzwidrigkeit einer Geschwindigkeitsbeschränkung mangels Vorliegen der Voraussetzungen für die Erlassung der angefochtenen VO

14.12.2022, <u>E 1487/2022 ua</u>

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status der Asylberechtigen und der subsidiär Schutzberechtigten betreffend einer Staatsangehörigen Kasachstans; Unterlassung der Ermittlungstätigkeit in Bezug auf Aspekte des Kindeswohls

14.12.2022, E 2016/2022

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status des Asylberechtigten als auch des Status des subsidiär Schutzberechtigten betreffend eines pakistanischen Staatsangehörigen; Unterlassung einer Befragung über ein allfälliges Vollmachtsverhältnis zu einer Rechtsberatung

14.12.2022, <u>E 3069/2022</u>

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status des Asylberechtigten als auch des Status des subsidiär Schutzberechtigten betreffend eines staatenlosen Palästinenser; unzureichende Auseinandersetzung mit der allgemeinen Situation im Herkunftsstaat

14.12.2022, <u>E 3150/2021</u>

ApothekenG; Verletzung im **Recht auf eine Entscheidung innerhalb angemessener Frist** in einem Verfahren zur Erteilung einer Apothekenkonzession; Entscheidung darf nicht mangels Vorlage eines Gutachtens zur Frage des Bedarfs durch die – nicht dem Staat zuzurechnende – Apothekerkammer verzögert werden; Verpflichtung der Behörde, ein Verfahren zügig abzuschließen, erforderlichenfalls auf andere geeignete Weise

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

19.12.2022, Ra 2020/06/0143

Vbg BauG; für § 6 Abs 4 lit a (und § 7 Abs 1 lit e) Vbg BauG – anders als nach § 5 Abs 4 zweiter Satz leg cit in den dort genannten Fällen – ist nicht das "**Urgelände**", also das ursprünglich vor der ersten Veränderung bestehende Gelände maßgeblich; es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, dass der Gesetzgeber im Zuge der Neugliederung des § 6 leg cit durch die Novelle LGBI 54/2015 einen vergleichbaren Regelungsinhalt beabsichtigt hätte; vielmehr waren zwei (hier nicht maßgebliche) Abweichungen von den bisherigen Regelungen über die **Mindestabstände** Inhalt der Novellierung des § 6 leg cit, während es zur Frage des **zeitlichen Bezugspunkts** der Formulierung "bis zu einer Höhe von 1,80 m über dem Nachbargrundstück" keine Änderungen gab

19.12.2022, Ra 2019/06/0271

Tir BauO; gemäß § 71 Abs 12 erster Satz Tir BauO, LGBI 28/2018, berührt bei Gebäuden, für die die Baubewilligung nach den baurechtlichen Vorschriften vor der Novelle LGBI 10/1989 zur seinerzeitigen Tir BauO erteilt worden ist, eine **lagemäßige Abweichung** des Gebäudes gegenüber der Lage aufgrund der Baubewilligung von höchstens 120 cm die Rechtmäßigkeit des Baubestands nicht; entsprechend den erläuternden Bemerkungen zur mit LGBI 48/2011 erfolgten Änderung der Tir BauO durch die (damalige) Bestimmung des § 59 Abs 13 leg cit (nunmehr: § 71 Abs 12 leg cit) sind aber nur solche Abweichungen **privilegiert**, die durch die aus heutiger Sicht mangelhafte Qualität der damaligen Planunterlagen erklärbar sind

20.12.2022, Ra 2019/06/0259

Stmk BauG; **Grazer AltstadterhaltungsG**; nach § 7 Abs 3 Z 1 Grazer AltstadterhaltungsG unterliegt der Umbau schutzwürdiger Bauwerke einschließlich der Anbringung von Vordächern der Bewilligungspflicht, wenn das **äußere Erscheinungsbild** des Bauwerkes betroffen ist; durch eine reine **Instandhaltungsmaßnahme** könne das Erscheinungsbild nicht verändert werden;

allerdings kann von einer hier maßgeblichen Instandsetzung nur gesprochen werden, wenn der frühere Zustand, der wiederhergestellt wird, **konsensgemäß** bestand; die unveränderte Wiederherstellung der Schutzdächer wäre daher nicht bewilligungsfrei, wenn für den bisherigen Zustand eine Bewilligung nicht erteilt worden wäre, weil in diesem Fall die in Rede stehende "neuerliche" Montage der Schutzdächer als bewilligungspflichtiger Umbau gemäß § 7 Abs 3 Z 1 leg cit zu qualifizieren wäre

21.12.2022, Ra 2021/19/0318

AsylG; bevor ein Antrag gem § 35 AsylG aufgrund von Zweifeln an einem Verwandtschaftsverhältnis abgewiesen wird, haben jedenfalls gem § 13 Abs 4 BFA-VG eine **organisatorische Hilfestellung** zur Beibringung des **DNA-Nachweises** und die entsprechende Belehrung zu erfolgen; Belehrung und eine organisatorische Hilfestellung im Sinne einer Anleitung betreffend die Modalitäten der vorzunehmenden DNA-Analyse - etwa, wann und an welchem konkreten Ort sich der Rw dafür einzufinden habe - sind den vorgelegten Verfahrensakten jedoch nicht zu entnehmen; trotz des insoweit vorliegenden Verstoßes gegen § 13 Abs 4 leg cit würdigte das BVwG das Unterbleiben des Nachweises des Verwandtschaftsverhältnisses durch Vorlage einer DNA-Analyse in dem angefochtenen Erkenntnis zum Nachteil des Rw

C. VERWALTUNGSGERICHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

26.01.2023, Rs C-205/21, Ministerstvo na vatreshnite raboti () und génétiques par la police)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Richtlinie 2016/680 (EU) – Art 4 Abs 1 Buchst a bis c – Grundsätze in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten – Zweckbindung – Datenminimierung – Art 6 Buchst a – Klare Unterscheidung zwischen den personenbezogenen Daten verschiedener Kategorien von Personen – Art 8 – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung – Art 10 – Umsetzung – Verarbeitung biometrischer Daten und genetischer Daten – Begriff "Verarbeitung, die nach dem Recht eines Mitgliedstaats zulässig ist" – Begriff "unbedingte Erforderlichkeit" – Ermessen – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 7, 8, 47, 48 und 52 – Recht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz – Unschuldsvermutung – Einschränkung – Vorsätzliche Offizialstraftat – Beschuldigte Personen – Erhebung fotografischer und daktyloskopischer Daten für die Zwecke ihrer Registrierung sowie Entnahme einer biologischen Probe zur Erstellung eines DNA-Profils – Verfahren der zwangsweisen Durchführung der Erhebung – Systematische Erhebung

26.01.2023, Rs C-403/21, NV Construct

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – Begriff des einzelstaatlichen Gerichts – Kriterien – Unabhängigkeit und obligatorische Gerichtsbarkeit der betreffenden nationalen Einrichtung – Beständigkeit des Amtes der Mitglieder dieser Einrichtung – Richtlinie 2014/24/EU – **Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge** – Art 58 – Eignungskriterien – Möglichkeit, in diese Kriterien Verpflichtungen aufzunehmen, die sich aus Spezialvorschriften für Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem betreffenden Auftrag ergeben und die in den Auftragsunterlagen nicht als Eignungskriterien vorgesehen sind – Art 63 Abs 1 – Bieter, der die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch nimmt, um die Anforderungen des öffentlichen Auftraggebers zu erfüllen – Unmöglichkeit, die **Inanspruchnahme von Unterauftragnehmern** zu verlangen

26.01.2023, Rs C-469/21, CGCOF

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Humanarzneimittel** – Delegierte Verordnung (EU) 2016/161 – **Datenspeicher- und -abrufsystem**, das Informationen über die Sicherheitsmerkmale enthält – Einrichtung einer in den nationalen Datenspeicher integrierten Schnittstelle, die von den Behörden verwaltet wird – Verpflichtung, für bestimmte Arzneimittel eine spezifische Anwendung zu verwenden

26.01.2023, Rs C-613/21 P, Parlament/Carbajo Ferrero

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Beamte – Verfahren zur Ernennung auf die Stelle eines Direktors – Stellenausschreibung und Stellenausschreibung (Einstellung) – **Ablehnung der Bewerbung** und Ernennung eines anderen Bewerbers – Rechtswidrigkeit des Einstellungsverfahrens – Offensichtlicher Beurteilungsfehler – Transparenz – Gleichbehandlung

26.01.2023, Rs C-682/21, HSC Baltic ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge – Richtlinie 2014/24/EU – Art 57 Abs 4 Buchst g – **Fakultativer Ausschlussgrund** aufgrund von Mängeln im Rahmen eines früheren Auftrags – An eine Gruppe von Wirtschaftsteilnehmern vergebener Auftrag – **Vorzeitige Beendigung dieses Auftrags** – Automatische Eintragung sämtlicher Mitglieder der Gruppe in eine Liste unzuverlässiger Auftragnehmer – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Richtlinie 89/665/EWG – Art 1 Abs 1 und 3 – **Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf**

B. SCHLUSSANTRÄGE

26.01.2023, Rs C-640/21, Zes Zollner Electronic (GA de la Tour)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Verordnung (EU) Nr 952/2013 – **Fehlerhafte Zollanmeldung** – Fehler, der von der Zollbehörde als "**Ordnungswidrigkeit**" eingestuft wurde – Möglichkeit für den Anmelder, seinen Fehler zu berichtigen, um die Sanktion zu vermeiden

26.01.2023, Rs C-660/21, KB und FS (Relevé d'office dans le domaine pénal) (GA Pikamäe)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Art 82 Abs 2 AEUV – **Vertrauensgrundsatz und Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung** – Recht auf Belehrung und Unterrichtung in Strafverfahren – Recht auf Belehrung über das Recht auf Aussageverweigerung – Richtlinie 2012/13/EU – Art 3 und 4 – **Verteidigungsrechte** – Effektiver gerichtlicher Rechtsschutz – Nationale Rechtsprechung, die es den Strafgerichten verbietet, eine Verletzung der aus dem Unionsrecht erwachsenden Verfahrensrechte **von Amts wegen** zu prüfen – Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität

26.01.2023, Rs C-689/21, Udlændinge- og Integrationsministeriet (Perte de la nationalité danoise) (GA Szpunar)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Unionsbürgerschaft – Art 20 AEUV – Art 7 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats und eines Drittstaats – **Verlust der Staatsangehörigkeit** eines Mitgliedstaats **kraft Gesetzes** im Alter von 22 Jahren wegen **Fehlens einer echten Bindung**, sofern vor diesem Zeitpunkt kein Antrag auf Beibehaltung gestellt wurde – Verlust der Unionsbürgerschaft – Prüfung der Verhältnismäßigkeit der Folgen des Verlusts aus unionsrechtlicher Sicht

26.01.2023, Rs C-817/21, Inspecția Judiciară (GA Collins)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsstaatlichkeit – Art 2 EUV – Art 19 Abs 1 EUV – Entscheidung 2006/928/EG – **Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz** – Unabhängigkeit der Justiz – **Disziplinaruntersuchung und -verfahren** – Inspecţia Judiciară (Justizinspektion) – Befugnisse eines Chefinspektors – Behandlung von Disziplinarverfahren gegen einen **Chefinspektor** – Funktion eines stellvertretenden Chefinspektors

C. GERICHT

25.01.2023, Rs T-163/21, De Capitani/Rat

Zugang zu Dokumenten – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Dokumente betreffend ein laufendes Gesetzgebungsverfahren – Arbeitsgruppen des Rates – **Dokumente betreffend einen Gesetzgebungsvorschlag** zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen – **Teilweise Verweigerung des Zugangs** – Nichtigkeitsklage – Rechtsschutzinteresse – Zulässigkeit – Art 4 Abs 3 Unterabs 1 der Verordnung Nr 1049/2001 – Ausnahme zum Schutz des Entscheidungsprozesses

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

17.01.2023, Beschwerde Nr 19475/20 u.a., Künsberg Sarre/Österreich

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); ungerechtfertigtes Verbot der Vorsilbe "von" in den Nachnamen der Bf, nachdem sie lange Zeit verwendet worden war, auf der Grundlage des Gesetzes zur Abschaffung des Adels von 1919, das inkonsequent angewandt wurde; kein angemessener Ausgleich zwischen den konkurrierenden Interessen

23.01.2023, Beschwerde Nr 61435/19, Macaté/Litauen GC

Verletzung von Art 10 EMRK (Meinungsfreiheit); vorübergehende Aussetzung eines Märchenbuchs für Kinder, in dem gleichgeschlechtliche Beziehungen dargestellt werden, und dessen anschließende Kennzeichnung als schädlich für Kinder unter 14 Jahren; die angefochtenen Maßnahmen verfolgen kein legitimes Ziel; Beschränkungen des Zugangs von Kindern zu Informationen über gleichgeschlechtliche Beziehungen, die allein auf Erwägungen der sexuellen Orientierung beruhen, sind unvereinbar mit den Vorstellungen von Gleichheit, Pluralismus und Toleranz, die einer demokratischen Gesellschaft innewohnen

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBI I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche "Gesetzgebungsakte"; bei den "Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den "Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von "Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz. **Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.* **Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Paul Durstberger, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.